

Ein Volksbegehren will Österreichs Ausstieg aus der Euratom

„Österreich kann Verlängerung verhindern“

Österreich lebt ohne Atomkraftwerk, aber als Teil der Euratom. Ein Volksbegehren soll nun den Ausstieg erzwingen. Deutsche Experten wollen die skeptischen Österreicher aber von der Sicherheit ihrer AKWs überzeugen.

Saskia Jungnikl

Das Wahrzeichen der österreichischen Anti-Atompolitik dient heute als Ersatzteillager für deutsche Atomkraftwerke: 1978 stimmte die österreichische Bevölkerung mit der hauchdünnen Mehrheit von 50,47 Prozent gegen eine Inbetriebnahme des AKWs Zwentendorf an der Donau. Seither stillgelegt, dienen die Bauteile seines Siedewasserreaktors für Reparaturen an Isar I und Philippsburg I, der Rest hält für Besichtigungstouren interessierter Menschen her.

„Österreichs Bevölkerung lehnt Atomkraft ab: Wir wehren uns immer wieder engagiert gegen grenznahe Atommeiler, wie Temelín. Dennoch finanzieren wir mit unseren Steuergeldern die europäische Atomgemeinschaft Euratom“, empört sich Dietmar Egger. Er ist Initiator des Volksbegehrens „Raus aus Euratom“. Die dafür benötigten 8032 Unterstützungs-

erklärungen will Egger am 15. November an Innenministerin Maria Fekter (ÖVP) übergeben – der Termin für das Volksbegehren fiel dann wohl auf eine Woche im Frühjahr.

Bilaterale Nukleargespräche

Derzeit liefern 438 Atomreaktoren weltweit in 32 Staaten Strom ans Netz. 146 davon stehen in 15 der insgesamt 27 EU-Staaten (*siehe Grafik*). Dabei erzeugen alle AKWs zusammen lediglich knapp drei Prozent der weltweit verbrauchten Energiemenge, das ergibt eine Studie der Umweltorganisation Greenpeace.

Dennoch beschloss die deutsche CDU/CSU/FDP-Regierung unter Kanzlerin Angela Merkel (CDU) unlängst eine Verlängerung der Laufzeiten ihrer AKWs um durchschnittlich zwölf Jahre. Ein Umstand, den die österreichische Regierung nicht goutierte. Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) und sein Vize Josef Pröll

(ÖVP) fordern von Deutschland Informationen über geplante Sicherheitsmaßnahmen und wollen Einblick in die Details des Vertrags zwischen der deutschen Regierung und den Atombetreibern erhalten. Am Dienstag finden bilaterale Nukleargespräche zwischen Deutschland und Österreich in Berlin statt.

Landwirtschafts- und Umweltminister Niki Berlakovich (ÖVP) erwarte Antworten auf einen „ganzen Fragekatalog“, heißt es

aus seinem Büro. Doch Österreich hat es in der Hand, die Laufzeitverlängerungen generell zu verhindern, behauptet der Greenpeace-Atomexperte Jan Haverkamp im Gespräch mit dem STANDARD: „Das Land hat das Recht, an Sicherheitsprüfungen teilzunehmen. Wenn es die Stufen der Aufrüstung dabei nach oben treibt, kann das den Betreiber bis zu eine Milliarde Euro pro AKW kosten.“ Beträge, bei denen sich die Verantwortlichen gegen eine

Aufrüstung entscheiden könnten. Haverkamp ist dafür, dass Österreich in der Gemeinschaft Euratom bleibt. „Allerdings nur, wenn bestimmter aufgetreten, aktiver agiert und mehr Lobbying betrieben wird. Das ist derzeit nicht der Fall.“

Unklarheit über Zahlungen

Rechtlich gesehen ist ein Ausstieg möglich, ohne automatisch aus der EU auszutreten. Verschiedene Völkerrechtsexperten haben bestätigt, dass ein einseitiger Ausstieg aus der Euratom durch die Erstreckung des Artikels 49a des Lissabon-Vertrags auf den Euratom-Vertrag möglich wäre.

In Österreich sind FPÖ, Grüne und das BZÖ für einen Ausstieg – ihre bisher elf Anträge wurden im Parlament aber von der Regierung abgelehnt. „Atomkraftwerke und deren Endlager sind nicht sicher“, sagt Christiane Brunner, Anti-Atomkraft-Sprecherin der Grünen. Die Subventionen für EU-Atomprogramme wären bei Projekten für erneuerbare Energie besser genutzt. Österreich zahlt an die EU, aliquot gehen Gelder an die Euratom. Die Höhe der Zahlungen sind unklar: Zwanzig Millionen, sagt Berlakovich (*siehe Interview*), vierzig Millionen haben Egger, Greenpeace und die Oppositionsparteien berechnet.